



COMMUNE DE MEYRIEZ
GEMEINDE MERLACH

Protokoll der Gemeindeversammlung vom 9. Dezember 2024

(Das Protokoll dieser Versammlung ist auf der Aufnahme vom 9. Dezember 2024 gespeichert und bildet eine Arbeitshilfe zur Erstellung des Protokolls. Die Aufnahme wird nach Genehmigung dieses Protokolls durch die Gemeindeversammlung wieder gelöscht.)

Ort	Grosser Saal Campagne Chatoney
Beginn	20.00 Uhr
Vorsitz	Frau Gemeindepräsidentin Josiane Zeyer
Anwesende Stimmberechtigte	90
Absolutes Mehr	46
Stimmenzähler Traktanden:	Herr Robert Michler und Herr Jens Wegmüller
Stimmenzähler Wahlen:	Frau Sonja Lurf und Herr Erwin Speich

Pünktlich 20.00 Uhr begrüsst die Gemeindepräsidentin die Stimmbürger/innen zur achten ordentlichen Gemeindeversammlung der Legislaturperiode 2021 – 2026.

Gegen die Einberufung zur Gemeindeversammlung mittels der persönlichen Einladung, sowie der Publikation im Amtsblatt Nr. 47, wurden keine Einwände erhoben.

Ein Stimmbürger meldet sich zu Wort und stellt die Frage, ob es nicht sinnvoll sei, vor der Bewilligung weiterer Kredite und damit möglicherweise ansteigenden finanziellen Belastungen der Gemeinde, zunächst die Schuldenfrage grundsätzlich zu erörtern. Er macht geltend, dass es angebracht wäre, die Budgetgenehmigung vor den Kreditbegehren zu diskutieren.

Josiane Zeyer entgegnet, dass das Budget und die damit verbundenen Kredite in engem Zusammenhang stehen. Eine Genehmigung des Budgets ohne die entsprechenden Kredite sei nicht zielführend, da diese ein integraler Bestandteil des Budgets seien. Der Stimmbürger beharrt auf seinen Standpunkt, wonach die Debatte über die Budget- und Schuldenlage vor der Kreditvergabe erfolgen sollte.

Andreas Spring ergänzt, dass sich die Gemeinde nicht verschulde. Das negative Ergebnis habe mit Schulden nichts zu tun. Die Gemeinde verfüge über ein Eigenkapital von CHF 6.5 Millionen, sodass trotz negativem Ergebnis keine Verschuldung vorliege.

Josiane Zeyer stellt fest, dass damit die Frage geklärt sei.

Im Anschluss heisst sie einen neu zugezogenen Bürger, Herrn Ariste Joachim, der erstmals an der Versammlung teilnimmt, herzlich in der Gemeinde willkommen und bittet ihn, kurz aufzustehen. Ebenso begrüsst sie Herrn Sandro Rätzer, den zuständigen Ortsplaner der Firma IC Infraconsult AG. Von der Presse ist Herr Urs Haenni, Vertreter der Freiburger Nachrichten und des Murtenbieters, anwesend. Auf die Verlesung der entschuldigten Personen wird verzichtet; diese werden im Protokoll namentlich erwähnt.

Entschuldigt haben sich:

Frau Therese Speich, Herr und Frau Emil & Ilse Gerzner, Frau Sarah Mäder, Herr und Frau Kurt & Elsbeth Gloor, Frau Hanna Messerli, Frau Brigitte Demierre

Gegen die Aufzeichnung auf Tonband, werden keine Einwände erhoben.

1. Protokoll der ordentlichen Gemeindeversammlung vom 09.12.2024

Die Gemeindepräsidentin bittet um Zustimmung zur Genehmigung des Protokolls der letzten Gemeindeversammlung. Es wurden keine Einwände erhoben.

*://: Das Protokoll wird **einstimmig** genehmigt.*

2. Begrüssung der Jungbürger/innen

Die Gemeindepräsidentin begrüsst die neuen Jungbürger/innen Frau Léann Kramer, Frau Ornella Schaffhauser und Herrn Emile Glassey und überreicht ihnen ein Geschenk.

Die Jungbürger/innen werden durch Applaus willkommen geheissen.

3. Auflösung Feuerwehrverband (FwVRM)

Die Gemeindepräsidentin stellt das Traktandum vor und bittet die Versammlung um Zustimmung zur Auflösung des Feuerwehrverbandes. Es wurden keine Wortmeldungen vorgebracht.

*://: Die Auflösung des Feuerwehrverbandes (FwVRM) wird mit **einer Enthaltung** genehmigt.*

4. Übertritt Forstbetrieb

Die Gemeindepräsidentin informiert über den Übertritt des Forstbetriebes. Nach einer Wortmeldung zur Grösse der Waldfläche, die Andreas Spring mit rund 8 Hektaren beantwortet, stimmt die Versammlung über den Wechsel ab.

*://: Der Übertritt des Forstbetriebes wird mit **einer Enthaltung** genehmigt.*

5. Wahlen

Wahl eines Mitglieds für die Baukommission

Die Gemeindepräsidentin informiert über den Rücktritt von Charlie Pouly aus der Baukommission und dankt ihm für seine langjährige Mitarbeit. Sein Einsatz zu Gunsten der Gemeinde wird mit Applaus von der Gemeindeversammlung verdankt. Als Nachfolger stellen sich die Kandidaten Kevin Alexander Biehl, Stefan Josef Buob und Lars Christian Lehmann zur Wahl. Die Kandidaten stellen sich kurz vor. Stefan Buob ist abwesend.

Resultat erster Wahlgang

Es wurden 90 Wahlzettel verteilt und ebenso 90 Wahlzettel eingelegt. Es gab keine ungültigen oder leeren Stimmzettel, somit sind sämtliche 90 Wahlzettel gültig. Das absolute Mehr beträgt daher 46 Stimmen.
Kevin Biehl hat 45 Stimmen erhalten, Lars Lehmann 37 Stimmen und Stefan Buob 8 Stimmen.

Da kein Kandidat das absolute Mehr erreicht hat, ist ein zweiter Wahlgang notwendig.

Im zweiten Wahlgang entscheidet nun das relative Mehr (nicht das absolute Mehr), was gesetzlich so vorgeschrieben ist. Zur Wahl stehen nur noch die beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen aus dem ersten Wahlgang.

Resultat des zweiten Wahlgangs

Es wurden wiederum 90 Wahlzettel verteilt, wobei 1 leerer Wahlzettel einging. Somit sind 89 Wahlzettel gültig. Mit 52 Stimmen ist Kevin Biehl als Mitglied der Baukommission gewählt.

Der Gemeinderat dankt Kevin für seine Bereitschaft, sich für die Gemeinde einzusetzen und freut sich auf eine gute Zusammenarbeit.

://: Die Gemeindeversammlung wählt Kevin Biehl als neues Mitglied in die Baukommission.

Wahl eines Mitglieds für die Einbürgerungskommission

Peter Kopp scheidet aus der Einbürgerungskommission aus. Die Gemeindepräsidentin schlägt Peter Fankhauser als Nachfolger vor. Es werden keine Einwände erhoben, sodass die Wahl per Applaus erfolgt.

://: Peter Fankhauser wird als neues Mitglied in die Einbürgerungskommission gewählt.

6. Wahl einer externen Revisionsstelle

Die Finanzkommission schlägt die Wahl der Core Partner AG als neue Revisionsstelle vor. Fragen zur Transparenz und den Kosten werden durch Josiane Zeyer und Andreas Spring beantwortet.

*://: Die Core Partner AG wird mit **einer Gegenstimme** als neue externe Revisionsstelle gewählt.*

7. Kreditbegehren von CHF 4.6 Mio – Massnahmen GEP bis 2035

Peter Kopp erläutert die Dringlichkeit der Massnahmen gemäss generellem Entwässerungsplan (GEP).

Seit dem letzten GEP von 1996 erfolgten keine grösseren Sanierungsmassnahmen. Das Kanalisationssystem hat einen Infrastrukturwert von rund CHF 7 Mio. und eine geschätzte Lebensdauer von rund 70 Jahren, was zu jährlichen Abschreibungskosten von CHF 100'000 führt. Über rund 30 Jahre summiert sich dies auf CHF 3 Mio.

Hinzu kommt: Bevölkerungswachstum, mehr Liegenschaften und zunehmende Extremwittersituationen erhöhen die Belastung der Kanalisation, einzelne Leitungen sind bereits überlastet.

Mit zu berücksichtigen sind die erforderliche Trennung von Meteor- und Abwasser gemäss den kantonalen Vorgaben sowie die Umsetzung von Konzepten wie «Schwammstadt».

Die genannten CHF 4.6 Millionen sind über einen Zeitraum von 10 bis 15 Jahren zu verstehen, je nach Sanierungsfortschritt.

Der Gemeinderat bittet eindringlich, diesen Kredit zu genehmigen, damit die dringend notwendigen Massnahmen rasch eingeleitet werden können. Nur so lassen sich künftige Überschwemmungen, Verstopfungen und Stauungen im Abwassersystem vermeiden. Insbesondere bei Starkniederschlägen ist es künftig sinnvoll, Retentions- und Speicherkanäle einzurichten, um die Leitungen nicht abrupt zu überlasten.

Für eine langfristig gesunde und funktionsfähige Abwasserinfrastruktur ist es unerlässlich, jetzt zu handeln. Der Gemeinderat bittet darum, die beantragten Mittel zu bewilligen, damit bereits im kommenden Jahr mit den ersten konkreten Massnahmen begonnen werden kann.

Ein Stimmbürger weist darauf hin, dass das Abwasser- und das Frischwassersystem miteinander verknüpft sind. Er erkundigt sich, ob die Erneuerung des Trinkwassernetzes im gleichen Zusammenhang behandelt wird.

Peter Kopp erläutert, dass hierzu ebenfalls ein Bericht zur Sanierung des Trinkwassersystems vorliegt und Synergien genutzt werden sollen. Wenn bei der Erneuerung des Abwassersystems der Boden aufgerissen wird, können auch allenfalls dort vorhandene Trinkwasserleitungen in einem koordinierten Schritt saniert werden.

Eine Stimmbürgerin erkundigt sich, ob mit grösseren Bauarbeiten zu rechnen ist.

Peter Kopp führt aus, dass beispielsweise an der Lausannestrasse, vom oberen Abschnitt bis vor das Gemeindehaus, die Leitungen auf der rechten, hangseitigen Strassenseite verlaufen und die Strasse dadurch ebenfalls tangiert wird. Auch befinden sich Leitungen unter der Fahrbahn, weshalb zeitweilige Verkehrsbehinderungen, etwa durch halbseitige Sperrungen, nicht auszuschliessen sind. Konkrete Details zu den genauen Einschränkungen können zum jetzigen Zeitpunkt jedoch nicht genannt werden.

*://: Das Kreditbegehren in Höhe von CHF 4.6 Mio wird **einstimmig** genehmigt.*

8. Kreditbegehren von CHF 26'000 – Planung der Rue de Lausanne

Claude Lorf präsentiert die geplante Neugestaltung der Rue de Lausanne. Mehrere Wortmeldungen unterstreichen die Bedeutung einer ganzheitlichen Planung über die gesamte Strecke der Rue de Lausanne unter Einbezug der Gemeinde Murten. Zudem wird die Sinnhaftigkeit eines separaten Veloweges hinterfragt, da sich die Nebenstrasse in Richtung Grengspitz als geeignetere Alternativroute erweisen könnte. Ein Stimmbürger erkundigt sich, ob die Anwohnerschaft in die Planung einbezogen wird. Claude Lorf führt aus, dass eine entsprechende Partizipation vorgesehen ist. Er betont, dass es sich bei der beantragten Kreditsumme um einen Planungskredit handelt, dessen Ziel es ist, unnötige Doppelspurigkeiten zu vermeiden und durch koordinierte Berücksichtigung der GEP-Projektierungen Bau- und Unterhaltsvorhaben effizient miteinander zu verknüpfen, um Kosten einzusparen.

*://: Das Kreditbegehren in Höhe von CHF 26'000 wird **einstimmig** genehmigt.*

9. Kreditbegehren von CHF 80'000 – Wohnungssanierung Rue de Lausanne 14

Andreas Spring erläutert die Notwendigkeit der Sanierung der Wohnung an der Rue de Lausanne 14. Er erklärt weiter, dass es sich um einen Rahmenkredit handelt, da der genaue Bedarf erst nach der Freigabe der Wohnung festgestellt werden kann.

*://: Das Kreditbegehren von CHF 80'000 wird mit **85 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen** und **3 Enthaltungen** genehmigt.*

10. Revision der Ortsplanung:

Information aktueller Stand

Claude Lurf informiert über den aktuellen Stand der Ortsplanungsrevision. Es sei ein eher langweiliges Jahr gewesen. Bei der Rückmeldung des Kantons zum Vorprüfungsossier gab es Verzögerungen. Anstatt wie versprochen vor den Sommerferien, ist ein Vorabdruck des Gesamtgutachtens per E-Mail am Abend des 28. November 2024 eingegangen und am 5. Dezember 2024 als Gesamtdossier physisch im Gemeindebüro eingetroffen.

Am 21. Mai dieses Jahres fanden Einspracheverhandlungen statt, da der Kanton Planungszonen aufgrund seiner festgestellten Überdimensionierung der Gemeinde auferlegt hat. Diese Einschätzungen und die daraus resultierenden Planungszonen sind noch Gegenstand von Klärungen zwischen Gemeinde und Kanton.

Eine Stimmbürgerin meldet sich zu Wort. Sie thematisiert die langjährige Diskrepanz zwischen Gemeinde und Kanton bezüglich der Einschätzung der Überdimensionierung der Bauzonen. Sie erwähnt, dass bereits seit Ihrem Zuzug im Jahre 2013 die Aussage im Raum stand, dass die Siedlungsfläche seit jeher überdimensioniert sei und fragt nach einer einfachen Erklärung der aktuellen Situation.

Claude Lurf versucht, die komplexe Materie zu erläutern und bestätigt die Meinungsverschiedenheit zwischen Gemeinderat und Kanton bezüglich der Bauzonendimensionierung. Er erklärt, dass die Gemeinde ihre Sichtweise auf Basis von Regeln des Kantons und in Absprache mit dem Raumplanungsamt entwickelt hat. Eine Einsprache gegen die Planungszonen wurde vom Gemeinderat eingereicht und der diesbezügliche Austausch mit dem Kanton findet zurzeit statt.

Ein Stimmbürger fragt nach der Bedeutung der Planungszonen und ob diese einem Bauverbot gleichkommen. Claude Lurf präzisiert, dass einzelne Parzellen mit Planungszonen belegt wurden, um Bauaktivitäten zu stoppen, bis die Thematik der Überdimensionierung geklärt ist.

Claude Lurf fährt fort, dass die Gemeinde und der Kanton vereinbart haben, das Einspracheverfahren bezüglich der Planungszonen vorerst auszusetzen, bis die Gemeinde die Möglichkeit hatte, ihre Bauzonen neu zu dimensionieren.

Claude Lurf übergibt das Wort dem Ortsplanungsbüro, vertreten durch Sandro Rätzer von der IC Infraconsult AG. Er gibt einen Überblick über den Prozess der Ortsplanungsrevision. Der Ortsplaner berichtet, dass seit der alten Planung von 1996 aufgrund gesetzlicher Änderungen, insbesondere der Änderung des Raumplangesetzes im Jahr 2013 und des Erlasses des Gewässerschutzgesetzes, eine grundlegende Überarbeitung der Planung notwendig wurde. Diese Anpassungen haben zu einem umfangreichen Vorprüfungsbericht geführt, der noch nicht detailliert analysiert wurde. Die Aufgabe der IC Infraconsult AG ist es, diesen Bericht und die Fachberichte zu analysieren und zu entscheiden, wie darauf reagiert werden soll. Es könnten zusätzliche Gutachten oder Arbeiten erforderlich sein. Auch muss mit den Fachämtern Kontakt aufgenommen werden. Ziel sei es, eine Ortsplanung zu erstellen, die alle Inhalte des Vorprüfungsberichts umsetzt und genehmigungsfähig ist. Nach Fertigstellung folgt die öffentliche Auflage, bei der die Bevölkerung Einsprachen erheben kann. Die Gemeinde entscheidet über diese Einsprachen im Rahmen von Verhandlungen. Anschliessend beschliesst der Gemeinderat die Zonennutzungsplanung und das Gemeindebaureglement zu Handen des Kantons. Einsprechende, die einen negativen Entscheid erhalten, können Beschwerde beim Kanton einlegen. Das Verfahren kann bis zum Bundesgericht weitergeführt werden. Er erwähnt zudem die verschiedenen Richtpläne, die öffentliche Mitwirkung und dass die Gemeinde auch ein Dorfgespräch durchgeführt hat.

Ein Stimmbürger meldet sich zu Wort. Er stellt fest, dass die Ortsplanungsrevision eine komplexe Materie ist und fragt nach einem Zeitrahmen für die Umsetzung der Ortsplanungsrevision. Der Ortsplaner antwortet, dass es schwierig sei, eine genaue Zeitangabe zu machen, da viele Unbekannte im Prozess existieren. Es ist jedoch positiv zu bewerten, dass der Kanton keine zweite Vorprüfung verlangt und damit die Stossrichtung der Gemeinde unterstützt, was auf einen schnelleren Prozess hoffen lässt.

Ein weiterer Stimmbürger meldet sich zu Wort und stellt eine ganze Reihe von Fragen, in deren Wortlaut auch Behauptungen einfliessen, welche die bisherigen Arbeiten der Ortsplanungsrevision diskreditieren.

Claude Lurf verdankt die Fragen sowie die persönliche Bemerkung und bittet darum, die Fragen nochmals einzeln zu stellen.

Die erste Frage äussert Bedenken bezüglich der Kosten der Revision und vergleicht diese mit anderen Gemeinden. Er hinterfragt auch die Grundlage für die Einsprache des Gemeinderats und die damit verbundenen Kosten. Andreas Spring antwortet, dass bisher insgesamt CHF 209'000 aufgelaufen sind und die Kosten für die Einsprache bei etwa CHF 20'000. Daniel Conca erklärt, dass die Ortsplanung in der Kompetenz des Gemeinderats liegt und dieser auch darüber befindet, ob Einsprache erhoben wird oder nicht.

Claude Lurf beantwortet die Frage nach den Kosten zur Einsprache gegen die Planungszone und beziffert diese auf rund CHF 20'000, Andreas Spring präzisiert die genaue Summe auf CHF 18'230. Daniel Conca fügt hinzu, dass in dieser Summe auch die Kosten des Ortsplaners für die Vorbereitung der Einsprache durch die Gemeinde enthalten sind.

Der Stimmbürger erkundigt sich weiter nach einer allfälligen finanziellen Beteiligung des Planungsbüros aufgrund der Dossiereingabe trotz Überdimensionierung des

Projekts und ob das Gutachten publiziert wird, sowie zur Notwendigkeit des Kreditbegehrens, angesichts der neuen Ausgangslage, dass das Projekt als überdimensioniert angesehen wird. Claude Lerf gibt zu erkennen, dass es sich hierbei um eine Angelegenheit zwischen dem Gemeinderat und dem Auftragnehmer handle und dies hier nicht zur Diskussion steht.

Der Stimmbürger erkundigt sich weiter nach den Mehrkosten, die konkret auf die Espace Suisse Beteiligung entfallen sind und möchte wissen, wie viel der Anteil in Prozent sei. Claude Lerf erklärt, dass die präzise Beantwortung dieser Frage schwierig sei, verweist aber auf das Informationsblatt, das zwei Gründe für den Nachtragskredit nennt: das Dorfgespräch mit der Espace Suisse, das rund CHF 20'000 kostete, und den Teil der Einsprache zur Planungszone gegen den Kanton.

Der Stimmbürger fährt fort und fordert Transparenz bei der Publikation von den kantonalen Entscheidungen, namentlich das Gutachten zum Vorprüfungsossier, worauf Josiane Zeyer erklärt, dass das Gutachten ein Arbeitsinstrument für den Gemeinderat und die Ortsplanungskommission ist und nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sei. Sie verweist auf den Art. 29, Abs. 2 zum Gesetz über die Information und den Zugang zu Dokumenten (InfoG) hin, der besagt, dass Dokumente, die der Vorbereitung der Entscheide des Staatsrats und der kommunalen und interkommunalen Exekutivbehörden dienen, erst nach dem Entscheid, dessen Grundlage sie bilden, zugänglich sind. Dies bedeutet konkret – bei der öffentlichen Auflage der definitiven Planung.

Nachdem der Stimmbürger offengelegt hat, dass er eine andere Meinung vertritt und Zitat: «das Amt für Mediation wohl auch», wurde er von Claude Lerf gefragt, was ihn umtreibe, den Gemeinderat mit seinen Fragen zu piesacken. Der Stimmbürger entgegnet, dass es eigentlich nur Fragen zum Verständnis seien und wo er Unklarheiten sehe, worauf sich Claude Lerf entschuldigt, seine Interventionen falsch interpretiert zu haben.

Ein Stimmbürger fragt nach, ob der Gemeinderat an der bisherigen Zusicherung einer Informationsveranstaltung vor der öffentlichen Auflage festhalte, obwohl dies in der Präsentation nicht explizit erwähnt worden ist.

Claude Lerf bejaht dies und fügt hinzu, dass der Gemeinderat eine Informationsveranstaltung als sinnvoll erachtet und am Anlass festhalten wird.

Eine weitere Stimmbürgerin spricht sich für eine offene Diskussionskultur aus und betont die Wichtigkeit basisdemokratischer Entscheide. Sie lobt die Diskussionskultur, die durch Initiative eines Mitbürgers, namentlich dem Einbezug des Espace Suisse, entstanden ist.

➔ **Einige Stimmbürger verlassen die Gemeindeversammlung**

Ein Mitglied der Ortsplanungskommission meldet sich zu Wort. Er lädt die Bürger ein, mit der Kommission zu diskutieren und Ideen einzubringen. Er betont, dass die Detaildiskussionen nicht in der Gemeindeversammlung, sondern in der Planungskommission stattfinden sollten.

Die Stimmbürgerin meldet sich nochmals mit dem Appell zu Wort, die Diskussionskultur zu pflegen und gemeinsam Lösungen zu entwickeln. Sie erinnert daran, dass sie bereits zu Beginn der Diskussionen auf die Wichtigkeit der richtigen Information in Einbezug der Bürger hingewiesen hatte. Sie betont, dass es nicht um Partikularinteressen, sondern um das gemeinsame Entwickeln geht.

Eine weitere Stimmbürgerin äussert ihr Bedauern darüber, dass die Situation für die Bürgerinnen und Bürger nicht greifbar sei und fühlt sich dadurch in ihrer Rolle als mündige Bürgerin eingeschränkt. Sie betont die Wichtigkeit, gemeinsam mit den älteren und jüngeren Generationen eine gute Lösung für die Gemeinde zu finden und erinnert daran, dass viele Menschen mit guten Ideen in der Gemeinde leben.

Ein Stimmbürger merkt an, dass es in der Gemeinde eine stille Mehrheit gibt, die die Arbeit des Gemeinderates und der Planungskommission unterstützt und dass es wichtig sei, den Respekt und den Anstand zu bewahren.

Ein Mitglied der Finanzkommission meldet sich zu Wort. Er erklärt, dass Demokratie bedeutet, dass die Gemeinderatsmitglieder und die Planungskommission demokratisch gewählt sind und dementsprechende Kompetenzen haben. Er merkt an, dass es im Saal Unklarheiten über die Kompetenzverteilung gibt und betont, dass diejenigen, die mehr beitragen möchten, sich bei der nächsten Wahl melden sollten. Einige Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sind mit diesen Ausführungen nicht einverstanden und diskutieren über das Verständnis von Demokratie.

Eine Stimmbürgerin meldet sich erneut zu Wort und beteuert, dass sie die gewählten Gremien akzeptiert, weist aber darauf hin, dass dies nicht bedeutet, dass man nicht mehr nachfragen oder diskutieren dürfe. Sie sieht in der kommunikativen Validierung eine Möglichkeit, Projekte zu verbessern.

Genehmigung Zusatzkredit von CHF 40'000

Claude Lurf berichtet, dass die Gemeinde vor der Aufgabe steht, die von einem Gesetz geforderte Arbeit zu erledigen und dafür einen Kredit benötigt. Es wird erwähnt, dass bereits CHF 209'000 ausgegeben wurden und dass die Rückmeldung vom Kanton eher positiv sei, da keine zweite Vorprüfung notwendig ist.

Eine Stimmbürgerin fragt nach den Konsequenzen, sollte der Kredit nicht genehmigt werden. Claude Lurf antwortet, dass ohne die Genehmigung des Kredits die Arbeit gestoppt und die Gemeinde fremdbestimmt werden könnte.

Ein Stimmbürger wendet ein, dass bei einer Ablehnung des Kredits die Möglichkeit besteht, bei der Frühlingsversammlung einen neuen Kreditantrag zu stellen. Er betont die Kompetenz der Bevölkerung, über den Kredit abzustimmen und die Kompetenz des Gemeinderats, die Ortsplanungsrevision durchzuführen.

Josiane Zeyer informiert, dass der Gemeinderat eine eigene Finanzkompetenz hat und der Kredit daher nicht zwingend zur Abstimmung gebracht werden musste. Nachdem keine weiteren Verständnisfragen vorliegen, leitet Josiane Zeyer zur Abstimmung über den Zusatzkredit über.

*://: Der Zusatzkredit in Höhe von CHF 40'000 wird mit 57 **Ja-Stimmen** zu 17 **Nein-Stimmen** und 4 **Enthaltungen** genehmigt.*

11. Budget 2025

Andreas Spring berichtet über die finanzielle Situation und die geplanten Mehrkosten für das nächste Jahr. Er erläutert, dass trotz eines Rückgangs des Eigenkapitals aufgrund von Mehrausgaben keine Verschuldung vorliegt. Die Verschuldungsthematik sei relevant im Kontext der Investitionen über die nächsten 15 Jahre.

Er führt weiter aus, dass für das Budget 2025 mit einer Mehrausgabe von CHF 404'000 gerechnet wird, die sich aus dem allgemeinen Haushalt und der gebührenfinanzierten Spezialfinanzierung zusammensetzt. Er erläutert die wesentlichen Mehrkosten für das nächste Jahr und geht auf die Verschuldungsthematik ein, die bei den Investitionen relevant wird.

Andreas Spring führt weiterhin aus, dass für das nächste Jahr Mehrausgaben für Löhne, Ersatzbeschaffungen und Unterhalt geplant sind. Er erwähnt die Notwendigkeit der Sanierung des Badestegs und die Umrüstung der öffentlichen Beleuchtung auf LED. Weitere Posten sind die Erneuerung des Zauns an der Lausannestrasse 10 und der interkommunale Finanzausgleich, der aufgrund eines höheren Steuerpotenzials in der Gemeinde steigt.

Eine Stimmbürgerin fragt nach ob die Zuständigkeit für die Baumpflege beim Friedhof, nicht eher bei der Kirchengemeinde liegt. Daniel Conca erklärt, dass der Friedhof Eigentum der Gemeinden Greng und Meyriez sei und die Kirchengemeinde diesen lediglich nutzen darf. Die Kosten werden mit der Gemeinde Greng aufgeteilt.

Andreas Spring gibt einen Überblick über die Investitionen, darunter die systematische Erneuerung der Wasserinfrastruktur und die Sanierung der Strassen. Er betont, dass ein Minus im Cashflow zu erwarten ist und das Eigenkapital belastet werden könnte, weist jedoch darauf hin, dass dies der Worst Case sei.

Der Präsident der Finanzkommission präsentiert den Bericht der Finanzkommission, der das Budget 2025 eingehend überprüft hat. Die Kommission empfiehlt die Genehmigung des Budgets und lobt die positive Kapitalentwicklung pro Einwohner. Sie weist darauf hin, dass neue Steuereinnahmen notwendig sind, um die hohen Kosten zu kompensieren, sieht aber derzeit keine Notwendigkeit für eine Steuererhöhung.

Josiane Zeyer leitet über zur Genehmigung des Budgets, die von den Anwesenden mit Stimmkarten erfolgt.

*://: Das Budget 2025 wird mit **einer Enthaltung** genehmigt.*

12. Verschiedenes

Geschwindigkeitsmessung

Josiane Zeyer eröffnet das Traktandum "Verschiedenes" und Peter Kopp berichtet über Geschwindigkeitsmessungen auf der Spitalstrasse, die aufgrund von Beschwerden über zu schnelles Fahren durchgeführt wurden. Es wurden vom 14.10.2024 bis 28.10.2024 Geschwindigkeitsmessungen an der Spitalstrasse durchgeführt die bestätigen, dass in der 30er-Zone zu schnell gefahren wird. Messpunkt vor Spitalstrasse 55, Messungen in beiden Richtungen. Die Aktion erfolgte aufgrund von Beschwerden der Anwohner, die angaben, dass viele Fahrzeuge die 30 km/h Geschwindigkeitsbegrenzung überschreiten würden. Die Ergebnisse bestätigten die Beschwerden: 21,2% der Fahrzeuge, die in Richtung Lausanne fuhren, wurden mit mehr als 30 Stundenkilometern gemessen und 5,5% fuhren mehr als 35 Stundenkilometer. Drei Motorräder und ein Auto, wurden mit mehr als 50 Stundenkilometern erfasst. In Richtung Spital fuhren 14,1% schneller als 30 und 3,3% schneller als 35 Stundenkilometer.

Als Sofortmassnahme wurden zwei zusätzliche Tempo-30-Markierungen auf der Strasse aufgebracht, nach dem Spitalkreisel und Lausanneseitig. Peter Kopp äussert die Hoffnung, dass diese Massnahme zu einer besseren Sichtbarkeit und Einhaltung der Geschwindigkeitsbegrenzung führt. Zusätzlich wurde eine Anfrage bei der Kantonspolizei Freiburg gestellt, um Unterstützung bei der Geschwindigkeitskontrolle zu erhalten. Als weitere mögliche Massnahme werden 50 Millimeter hohe Schwellen in Betracht gezogen, die allerdings bewilligungspflichtig sind. Ein Entschluss dazu wurde noch nicht gefasst.

Verschiedene Stimmbürger geben zu bedenken das bei den Strassen auf Murtner Boden zum besagten Kreisel Tempo 50 erlaubt ist und dass auch im umliegenden Tempo 30er Gebiet zu schnell gefahren würde. Es wird erwähnt, dass in Richtung Bahnhof wahrscheinlich noch mehr Tempoüberschreitungen stattfinden würden, aber dort wurden bisher keine Messungen durchgeführt.

Verabschiedung, Anerkennung und Nachfolge

Josiane Zeyer spricht Verabschiedungen und Begrüssungen an. Sie dankt Peter Kopp für seinen Einsatz im Gemeinderat und betont dessen wertvolles Wissen als Ingenieur, dass in vielen technischen Diskussionen geholfen hat, bessere Beschlüsse zu fällen. Peter Kopp wird für seine freie Zeit nach dem Ausscheiden aus dem Gemeinderat alles Gute gewünscht und darauf hingewiesen, dass er jederzeit willkommen ist, wenn er sich erneut einbringen möchte.

Peter Kopp bedankt sich beim ganzen Team für die gute Zusammenarbeit.

Josiane Zeyer stellt den Nachfolger von Peter Kopp, Peter Fankhauser, vor und lädt die Anwesenden ein, ihn herzlich willkommen zu heissen.

Weitere Wortmeldungen und Anträge

Ein Stimmbürger stellt den Antrag «ob man einmal erläutern könnte, in wie fern die Gemeinde bis 2025 ihre Nachhaltigkeits-, bzw. 2030 ihre Nachhaltigkeitsziele erreicht und 2060 die Klimaziele». Josiane Zeyer versichert, dass der Antrag geprüft wird und eine Antwort innerhalb eines Jahres erfolgen kann.

Ein Stimmbürger möchte sich über die Anschaffung des Krähenschrecks informieren. Josiane Zeyer teilt mit, dass dieser derzeit im Chatoney Park zur Vergrämung von Saatkrähen eingesetzt wird. Eine weitere Stimmbürgerin schliesst sich der Diskussion an und beantragt, dass bei einem Vergrämungserfolg, zusätzliche Bäume im Chatoney Park gepflanzt werden sollten, um Schatten zu spenden.

Es wird auch die Auswahl der Personen für die Stimmenzählung an Wahlsonntagen thematisiert, wobei Bedenken geäussert wird, dass Jungbürger und Neuzuzüger, insbesondere Frauen, häufiger aufgeboten werden. Der Gemeinderat nimmt dies so zur Kenntnis. Ein Stimmbürger möchte nochmals Richtung des Pressevertreters betonen, dass eine stille Mehrheit hinter dem Gemeinderat und der Planungskommission steht. Er solle bitte versuchen, nicht nur über die lauten Stimmen, sondern neutral zu berichten.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen getätigt.

Josiane Zeyer bedankt sich herzlich für das zahlreiche Erscheinen der Anwesenden und richtet ebenfalls Dank an die Verwaltung, namentlich Martin und Manuela. Besonderer Dank gilt den Bürgern, die aktiv in der Gemeinde mitarbeiten, sowie Kari für seine unermüdliche Aufräumdätigkeit, insbesondere bei der Schneeräumung. Die Qualität der gereinigten Trottoirs wird hervorgehoben, wobei klargestellt wird, dass die Strassenreinigung durch die Firma Haldimann AG übernommen wird. Sie wünscht allen frohe Festtage und lädt zum anschliessenden Aperitif ein.

Die Gemeindeversammlung wird um 22.03 Uhr geschlossen.

NAMENS DES GEMEINDERATES VON MERLACH

Josiane Zeyer

die Gemeindepräsidentin:



Martin Rychener

der Schreiber:

Anhänge:

Anhang 1: Präsentationsfolien